

Bulletin_1/2002

Der Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen



**GÖAB-Generalversammlung
wählt neuen Vorstand**

Sehr geehrte Dame! Sehr geehrter Herr!

Die Ereignisse im Nahen Osten haben sich in den vergangenen Wochen und Monaten leider dramatisch zugespitzt. Vor allem die Situation in Palästina hat ein unvorstellbares Ausmaß erreicht. Ich habe an dieser Stelle bereits des Öfteren Stellung zum israelisch-palästinensischen Konflikt genommen und ich muss gestehen, dass es mir angesichts des Leids der betroffenen Menschen immer schwerer fällt, mich darüber angesichts der offensichtlichen Hoffnungslosigkeit zu äußern. Andererseits motiviert einem die Arroganz und die Brutalität, mit der einer der militärisch mächtigsten Staaten der ganzen Welt, noch dazu mit aktiver politischer, finanzieller und militärischer Unterstützung durch die dominierende Weltmacht USA, gegen ein nahezu wehrloses Volk vorgeht, doch immer wieder dazu, das Wort zu erheben – auch auf die Gefahr hin, selbst als Rassist und Antisemit diffamiert zu werden. Denn Kritik an Israel wird in weiten Kreisen mit Antisemitismus gleichgesetzt. Was angesichts der politischen Gesinnung der führenden Politiker Israels und des skrupellosen Einsatzes modernster Waffensysteme gegen palästinensische Dörfer und Städte eine unverständliche Ignoranz darstellt. Die Bombardierung von Wohngebieten, die systematische Zerstörung von ziviler Infrastruktur und die gezielte Menschenjagd wird mit der Notwendigkeit gerechtfertigt, dass dies die einzige Methode sei, den palästinensischen Terror zu bekämpfen. Abgesehen davon, dass diese militärischen Aktionen

den Vorwand für immer neue Vergeltungsmaßnahmen geben, wird eines mehr oder minder bewusst völlig beiseite gelassen: Dieser Konflikt dauert nun bereits seit mehr als 50 Jahren an und hat seine historischen Wurzeln. Um es etwas überspitzt zu formulieren: Wenn man die historischen Wurzeln des jüdisch-palästinensischen Konfliktes ignoriert und es auch – wie die große Mehrheit der gegenwärtigen israelischen Regierung – ablehnt, seine eigene historische Schuld einzugestehen, dann bleibt letztendlich nur eine Option: ethnische Säuberung. So schockierend das für manche auch klingen mag, ich bin persönlich felsenfest davon überzeugt, dass genau darin das politische Programm von Sharon und Konsorten besteht.

Ich bin mir voll und ganz bewusst, dass die vorigen Feststellungen provokant und schockierend klingen, die tagtägliche Situation in den so genannten autonomen palästinensischen Gebieten ist um ein Vielfaches schockierender. Und ich würde mir von jenen, die offensichtlich kaum etwas anderes im Sinn haben, als Kritiker der israelischen Regierung des Antisemitismus zu bezichtigen, auch einmal erwarten, dass sie sich mit ähnlicher Vehemenz gegen die Verbrechen der israelischen Regierung wenden. Nur ganz Wenige wagen es, die Wahrheit auszusprechen, und diese werden in ihren eigenen Reihen isoliert und kriminalisiert. Eine davon ist die ehemalige israelische Erziehungsministerin Shulamit Aloni, die auf einem Symposium in Tel Aviv vor kurzem Folgendes erklärt hat:

»Wir müssen den Europäern sagen, dass der Widerstand gegen die Besatzung kein Antisemitismus ist.

Es ist kein Antisemitismus, gegen die Zerstörung von Häusern und Feldern und Obstplantagen zu protestieren und die Stimme gegen die Abriegelung zu erheben, die jedes palästinensische Dorf und jede palästinensische Stadt in ein Gefangenenlager verwandelt. Wir müssen die Dinge beim Namen nennen. Wir müssen laut aussprechen, dass unsere Regierung Kriegsverbrechen begeht, wir müssen das deutlich und ausdrücklich sagen und es stets und ständig wiederholen. Es ist Zeit, Dossiers über die Kriegsverbrechen anzulegen!«

Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen.

Europa muss endlich unmissverständlich Stellung beziehen!

Doch noch eine Feststellung: Da in den letzten Wochen ganz offenkundig geworden ist, dass die USA nicht im Geringsten ernsthaft daran denken, dem israelischen Militarismus in den Rücken zu fallen, ist es nun höchst an der Zeit, dass sich Europa zumindest in nahostpolitischer Hinsicht von den USA emanzipiert. Shulamit Aloni weiß sicherlich, warum sie sich unmissverständlich an Europa wendet. Abgesehen davon, dass Europa letztlich ein gerüttelt Maß an Mitschuld am gesamten Nahost-Problem hat, sind wir auch in erster Linie und unmittelbar von Krisen am südlichen Rand des Mittelmeeres betroffen. Wenn man schon keine heeren Ziele wie Gerechtigkeit für wichtig genug hält, um eine klare und unmissverständliche Politik zu verfolgen, so sollte es ein Blick auf die eigenen (sicherheitsmäßigen und wirtschaftlichen) Interessen nahelegen. Ich erinnere mich noch sehr gut an die Worte Bruno Kreiskys, der schon in den sechziger und

frühen siebziger Jahren gemeint hat, dass man sich schon alleine aus ureigenen europäischen Interessen um den Nahen Osten kümmern müsse und dies nicht den USA überlassen dürfe, die weit weg »vom Schuss« seien und demgemäß völlig andere Interessen in dieser Region hätten. – Auch dem ist kaum etwas hinzuzufügen. Es ist heute aktueller denn je!

Bevor ich mich noch kurz den unmittelbaren Aktivitäten der GÖAB in den vergangenen Wochen zuwende, sei mir noch ein Hinweis auf die Berichterstattung in den meisten österreichischen Medien über die Situation im Nahen Osten erlaubt. Nicht nur die GÖAB als Organisation, sondern auch einige der führenden Funktionäre unserer Gesellschaft haben leider bereits des Öfteren leidige Erfahrungen mit der selektiven Berichterstattung mancher heimischer Zeitungen bzw. mit der Tabuisierung bestimmter Themen gemacht. So haben wir uns fast schon daran gewöhnt, als Antisemiten diffamiert und gleichzeitig mit unseren Aussagen und Stellungnahmen tot geschwiegen zu



Jugendliche in Gaza flüchten vor dem israelischen Militär

werden. In den letzten Wochen hat es diesbezüglich wieder einige Beispiele gegeben. (Siehe dazu weitere Beiträge in diesem Heft.)

GÖAB wählt neuen Vorstand

Nun zu unseren wichtigsten Aktivitäten in den vergangenen Wochen:

Am 29.11. hatte ich die ehrenvolle Aufgabe, namens der internationalen Nicht-Regierungsorganisationen bei der diesjährigen UN-Palästina-Solidaritätsveranstaltung im Vienna International Center zu sprechen.

Am 30.11. vormittags veranstalteten wir in den Räumlichkeiten des Instituts für den Frieden eine Präsentationsveranstaltung des von mir herausgegebenen Buches »Befreiungskampf in Palästina«. Dabei sprachen Dr. Helga Baumgarten, Dr. John Bunzl und ich.

Am Abend des 30.11. veranstalteten wir gemeinsam mit der Palästinensischen

Gemeinde Wien und dem Arabischen Kulturverein ein Konzert mit dem bekannten palästinensischen Sänger und Dichter Mustafa Kurd.

Am 10.12. schließlich fand in den Räumlichkeiten der Bank Austria in der Renngasse die Ordentliche Generalversammlung der GÖAB statt. Dabei wurden Präsidium, Vorstand und Kuratorium der Gesellschaft neu gewählt, wobei es zu einigen gravierenden Veränderungen kam. Karl Blecha als Präsident und Abg.z.NR Dr. Kurt Heindl als Geschäftsführender Präsident sowie Prim. Dr. Abdulrahman Aburumieh und Abg.z.NR Mag. Karl Schweitzer als Vizepräsidenten wurden wiedergewählt. Neugewählt wurden Abg.z.NR Karlheinz Kopf als Vizepräsident und KR Nabil Kuzbari als Stellvertretender Geschäftsführender Präsident. Darüber hinaus gab es beim Vorstand und beim Kura-




Anlässlich der Präsentation des von Fritz Edlinger herausgegebenen Buches »Befreiungskampf in Palästina« sprachen die AutorInnen Dr. Helga Baumgarten und Dr. John Bunzl

torium weitere kleinere Veränderungen. Alles in allem war diese Versammlung recht erfolgreich und hat auch die Basis für eine verbesserte Tätigkeit der GÖAB gelegt. Ein einstimmiger Beschluss soll hier besonders hervorgehoben werden: Die GÖAB wird in den nächsten Wochen eine tiefgreifende organisatorische Veränderung durchführen, indem der gesamte wirtschaftliche Bereich aus dem Verein ausgegliedert und in eine eigene Beratungsfirma eingebracht werden wird. Diese Trennung des politisch/humanitären vom wirtschaftlichen Bereich soll eine klarere Schwerpunktsetzung sowie eine Intensivierung unserer wirtschaftlichen Beratungstätigkeit ermöglichen. Die »Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen«, welche im heurigen Jahr übrigens ihr zwanzigjähriges Bestandsjubiläum feiert, wird selbstverständlich als Verein weiterbestehen und ihre Aktivitäten im politischen, humanitären, wissenschaftlichen und kulturellen Bereich fortsetzen. Die GÖAB wird in den nächsten Wochen eine Mitgliederwerbemaßnahme starten und wir hoffen auf einen möglichst großen Zustrom neuer Mitglieder!


Fritz Edlinger
Generalsekretär

P.S.: Diesem GÖAB-Bulletin liegen wieder Zahlscheine bei. Durch eine Einzahlung auf dieses Konto unterstützen Sie ausschließlich und zweckgebunden unsere verschiedenen humanitären und medizinischen Projekte im Nahen Osten. Sollten Sie jedoch ein spezielles Projekt unterstützen wollen, so vermerken Sie dies bitte auf Ihrem Zahlschein. Wir bedanken uns im voraus für Ihre Spende!



Ein Jahr Al-Aqsa-Intifada –
Gibt es Perspektiven für eine politische Lösung?

Azmi Bishara, Fritz Edlinger, Mustafa Hadi



Historikon, Heft 34, Oktober 2001

Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen
1200 Wien • Österreich • 1050 Wien • Tel. +43 (0)1 879 18 1 • Fax +43 (0)1 879 18 1 • E-Mail: goab@goab.at

GÖAB-Material Nr. 34:
Ein Jahr Al-Aqsa-Intifada

Azmi Bishara:
Gibt es Perspektiven für eine politische Lösung?

Fritz Edlinger:
Amerika will einen bestimmten »Way of Life« durchsetzen

Mustafa Hadi:
Plädoyer für einen gerechten Frieden

✉ Einsenden an: GÖAB, Stutterheimstr. 16-18/2/5, 1150 Wien

Ja, ich bestelle:

... »Ein Jahr Al-Aqsa-Intifada«
à öS 100,- (exkl. Versandkosten)

Name:

Straße:

PLZ/Ort:

Datum/Unterschrift:

Organe der Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen

(nach der Generalversammlung am 10.12.2001)

Präsidium

Präsident:

- BM a.D. Karl Blecha

Vizepräsidenten:

- Prof. Prim. Dr. Abdulrahman Aburumieh
- Abg.z.NR Karlheinz Kopf
- Abg.z.NR Mag. Karl Schweitzer

Vorstand

Geschäftsführender Präsident:

- Abg.z.NR Dr. Kurt Heindl

Stv. Geschäftsführender Präsident:

- KR Nabil Kuzbari

Kassier:

- Univ.Prof. Dr. Herbert Strunz

Stv. Kassier:

- BR Albrecht K. Konecny

Schriftführer:

- Mustafa Abdul Hadi

Stv. Schriftführer:

- Dr. Robert Kobau

Weitere Mitglieder:

- Abg.z.NR Werner Amon
- Dr. Abdelfattah Baharia
- Mag. Hassan Baroud
- Abg.z.NR Dr. Elisabeth Hlavac
- Dr. Fritz Langer

- Abg.z.NR Mag. Rüdiger Schender
- Mag. Clemens Schneider

Generalsekretär:

- Fritz Edlinger

Rechnungsprüfer:

- Dipl. Ing. Richard Huber
- Dir. KR Prof. Marjan Pavusek

Kuratorium

- Dr. Sami Ayad
- Abg.z.NR Dr. Hannes Bauer
- Univ.Prof. Dr. Willi Brauner
- Dr. Gerfried Buchauer
- Generalsekretär Dr. Lorenz Fritz
- Prim. Dr. Ala Eldine Hallak
- Dr. Fouad Harik
- Vorstandsdirektor KR Dr. Walter Hatak
- BM a.D. Dr. Hilde Hawlicek
- Prof. Franz Herdin
- Dir. KR Peter Hrabac
- Dir. Dr. Herbert Kacher
- Vorstandsdirektor Mag. Herbert Kaufmann
- Univ.Prof. Dr. Donscho Kerjashki
- Vorstandsdirektor Ing. Dkfm. Gernot Kindelmann
- Generalanwalt Dr. Christian Konrad
- Abg.z.NR Dr. Michael Krüger
- BM a.D. Erwin Lanc
- Vorstandsdirektor Dipl.Ing. Kurt Meyer
- Naceur M'Tir

- Vorstandsdirektor Mag. Wolfgang Nölscher
- Dr. Herbert Pichler
- Mag. Anas Schakfeh
- Dr. Heide Schmidt
- Vorstandsdirektor Dr. Rudolf Scholten
- Hanno Soravia
- Abg.z.NR Dr. Terezija Stoitsits
- Generaldirektor Dkfm. Franz Struzl
- Generaldirektor Jad Sweidan
- Abg.z.EP Dr. Hannes Swoboda
- Primarius Dr. Norbert Vetter
- Generaldirektor Dr. Leo Wallner
- Generaldirektor-Stv.a.D. Dipl.Ing. Horst Wiesinger
- Univ.Prof. Dr. Ernst Wolner
- Vorstandsdirektor Dr. Stefan Zapotocky

Algerien-Studie der GÖAB



Die Arbeit setzt sich mit der politischen und wirtschaftlichen Situation Algeriens auseinander. Vor dem politischen und wirtschaftlichen Hintergrund des Landes werden die Chancen und Risiken dessen Wirtschaftsbeziehungen mit ausländischen Investoren und Lieferanten erörtert. Den Möglichkeiten österreichischer Unternehmen wird dabei spezielles Augenmerk gewidmet.

- Projektleiter: Univ.-Prof. Dr. Herwig Palme;
- Sachbearbeiter: Univ.-Prof. Dr. Herbert Strunz und Dipl.-Kffr. Monique Dorsch;
- Finanzierung: Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank;
- Umfang: 333 Seiten inkl. zahlreicher Statistiken und einem umfangreichen Literaturverzeichnis.



Bestellabschnitt

Ich bestelle Exemplar(e) der Studie »Die politische und wirtschaftliche Lage Algeriens in Bezug auf Chancen für Exporteure und Investoren mit besonderer Berücksichtigung österreichischer Unternehmen« zum Preis von öS 650,- (exkl. Postporto).

Name:

Adresse:

Datum/Unterschrift:

Bitte einsenden an: Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen (GÖAB), Stutterheimstraße 16-18/2/5, 1150 Wien. Fax: 01/5267795. Bestellungen per E-Mail an: office.vienna@saar.at

(Gegen-) Öffentlichkeitsarbeit

Im Editorial dieses Bulletins wurde die selektive und tendenziöse Berichterstattung mancher heimischer Zeitungen erwähnt. Wir möchten hier nun einige Beispiele bringen und diese gleichzeitig als Beitrag zur Schaffung einer gewissen Gegenöffentlichkeit verstanden wissen.

An die »Presse« und den »Standard«: Stellungnahme zum »israelischen Palästinensertransfer«

In der israelischen Tageszeitung Ha'aretz vom 18.12. schrieb der derzeitige israelische Tourismusminister Binyamin Elon von seinem Plan, nach Niederschlagung der Intifada alle Palästinenser aus ihren Häusern zu vertreiben und in ein Drittland, namentlich die USA, zu »transferieren«, auf dass sich die jüdische Gesellschaft reinige und erneuere. »Voluntary transfer« und »Judaization« nennt Elon seinen Plan, den seiner Meinung nach ein Großteil der Bevölkerung unterstütze.

Der Plan, ein ganzes (unerwünschtes) Volk zu entwurzeln und in ein anderes Land umzusiedeln ist nicht neu und hat leider mehrere Beispiele in der Geschichte.

Auch Hitler wollte das ungeliebte Volk der Juden zunächst nur umsiedeln, in ein anderes Land (Großbritannien, Madagaskar usw.) abschieben, um das deutsche Volk von dieser lästigen Plage zu befreien. Als kein anderes Land große Zustimmung, Millionen Juden aufzunehmen, erkennen ließ, kam es schließlich zur Endlösung, der bestialischen Ausrottung und Vernichtung von Millionen.

Hitler nannte es »Arisierung«, Elon »Judaisierung«. Die Namen sind verschieden, die abscheuliche Idee dahinter dieselbe.

Sollten die USA oder ein arabischer Nachbar nicht Millionen von Palästinensern aufnehmen wollen, werden dann in der West Bank auch Vernichtungslager errichtet, um die Palästinenserfrage endgültig zu klären? Ghettos und Konzentrationslager gibt es in Form von mit Stacheldraht abriegelten Flüchtlingslagern ja schon genug in der West Bank und im Gaza-Streifen ...

**Dr. Michael Bauer, Historiker,
Wien**



An die »Presse«: Stellungnahme zu Anton Pelinka »Eine Rede, die (noch) nicht gehalten wurde«

Die Zurechtweisung Bruno Kreiskys an einen Journalisten »Lernen sie Geschichte, Herr Redakteur« enthält tatsächlich eine tiefe und in vielen Situationen anwendbare Einsicht. Der Kommentar des Politikwissenschaftlers Anton Pelinka hat jedenfalls bei mir die Erinnerung an diese Aufforderung wach werden lassen. Pelinka stellt da eine Zeitreihe von angeblich ungenutzten Chancen der Palästinenser, zu einer politischen Lösung mit Israel zu kommen, dar. Es ist sicherlich auf die platzmäßige Beengtheit eines derartigen Kommentars zurückzuführen, dass er großzügig über Jahrzehnte hinwegturnt, ohne auf die jeweiligen historischen Gegebenheiten näher einzugehen. Vieles wäre zu schreiben über die Hintergründe und Motive, die zu einer Ablehnung der UN-Teilungsresolution 1947 durch die Palästinenser geführt hat. Auch die Behauptung, die Palästinenser hätten 1967 nach dem Sechstagekrieg, in dem Israel Ost-Jerusalem, die gesamte Westbank und den Gazastreifen erobert hat, eine neuerliche Friedenschance vertan, überrascht einigermaßen. Die fiktive Zeitreise endet schließlich mit der immer wieder aufgestellten Behauptung, Arafat hätte bei den Camp David-Gesprächen ein einmaliges und unwiederbringliches Anbot Ehud Baraks abgelehnt. Diese Legende wurde bereits vielfach widerlegt, eine Tatsachenverdrehung wird nicht korrekter, wenn man sie noch so oft wiederholt. Aber nach dem Prinzip der selektiven Wahrnehmung kann man offensichtlich gewisse, die eigene vorgefasste

Meinung bestärkende Behauptungen, nicht oft genug hören bzw. lesen.

Es wäre spannend, die salopp »in den Raum gestellten« Feststellungen des Herrn Professor näher zu analysieren. Die würde den Rahmen dieses spontanen Einspruches aber bei weitem sprengen. Zudem möchte ich mich nicht selbst dem berechtigten Vorwurf aussetzen, komplizierte historische Zusammenhänge sträflich zu banalisieren und damit zu Feststellungen zu gelangen, die eigentlich keinen seriösen Aussagewert haben.

Auf eine Feststellung möchte ich jedoch eingehen, da diese aus meiner Sicht eigentlich noch relativ einfach zu kommentieren und auch zu widerlegen ist. Pelinka postuliert da, dass Israel an Frieden interessiert sei, jedoch nicht um jeden Preis, und dass die Palästinenser dies einfach so zu akzeptieren hätten. Wenn man nicht die einschränkende Hinzufügung »nicht um jeden Preis« als argumentatives Hintertürl zur Rechtfertigung nahezu jeglicher Gewaltanwendung interpretiert, so ist dies eine wahrlich gewagte Aussage, welche die Erfahrung der letzten Jahrzehnte völlig auf den Kopf stellt. Sie ignoriert, dass es nicht die Palästinenser sind, welche seit Jahrzehnten das Völkerrecht ignorieren und zahllosen Aufforderungen der internationalen Staatengemeinschaft, endlich zu legalen und menschen- bzw. völkerrechtskonformen Zuständen zurückzukehren, die kalte Schulter zeigt. Sie ignoriert, dass Israel in krasser Verletzung internationalen Rechtes das eroberte Ost-Jerusalem annektiert hat, in den besetzten palästin-

sischen Gebieten inzwischen weit mehr als 200.000 Siedler auf Land, welches in den meisten Fällen ohne jegliche rechtliche Grundlage und natürlich auch ohne jegliche finanzielle Kompensation enteignet worden ist, angesiedelt hat und der angestammten palästinensischen Bevölkerung grundlegende staatsbürgerliche, soziale und wirtschaftliche Rechte verweigert, ganz zu schweigen von der Verhängung einer teilweise auf britischem Kolonialrecht basierenden Ausnahmegesetzgebung, aufgrund derer bis zum heutigen Tag Menschen verfolgt und bis zu mehreren Jahren inhaftiert werden können, und das ohne den Anschein von irgendeiner rechtlichen Grundlage. Es gäbe noch zahlreiche Beispiele für die illegale und gewaltsame Okkupationspolitik Israels gegenüber der angestammten palästinensischen Bevölkerung. Ich erspare mir bewusst, näher auf die Ereignisse der letzten 15 Monate einzugehen. Die so genannte Al-Aqsa-Intifada ist nämlich zweifellos kein von oben angeordnetes Manöver, sondern stellt die Reaktion einer völlig verzweifelten und hoffnungslosen Bevölkerung dar, welche jegliches Vertrauen in Rechtsstaatlichkeit und Durchsetzung internationaler Normen und Beschlüsse verloren hat. Angesichts dieser

GÖAB-Pressesaussendung:

Israelische Kriegsverbrechen – Wie lange sieht Europa noch zu?

Angesichts der dramatischen Eskalation der Ereignisse in Palästina appellierte der Generalsekretär der »Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen« (GÖAB) Fritz Edlinger an die Europäische Union im Allgemeinen sowie an die Öster-

systematischen und durch einige Jahrzehnte hindurch exerzierten Gewalt halte ich es für im höchsten Maße zynisch, dem Staat Israel Friedenswillen zu attestieren und im gleichen Atemzug den Palästinensern Unnachgiebigkeit und mangelnden Mut zu unterstellen. Für jemanden, der einigermaßen die Situation in Palästina kennt, kommt dies einer Verhöhnung der Opfer der systematischen Gewalt seitens der israelischen Sicherheitskräfte gleich und stempelt sie kehrum zu Tätern.

Solange man nicht bereit ist, den wirklichen politischen und historischen Ursachen des israelisch-palästinensischen Konfliktes auf den Grund zu gehen, und anstelle oberflächlicher Friedensappelle konsequent für die Beachtung und Durchsetzung völker- und menschenrechtlicher Normen einzutreten, solange wird das Blutvergießen im Nahen Osten weitergehen. Eine politische, sprich gewaltlose, Lösung ist nur dann vorstellbar, wenn sie nicht ein Diktat des Stärkeren ist, sondern ein für beide Seiten akzeptabler Kompromiss, der aus gegenseitigem Geben und Nehmen besteht.

**Fritz Edlinger, Generalsekretär
Wien, 7.1.2002**

reichische Bundesregierung im Besonderen, endlich ihr Schweigen über die unglaublichen Übergriffe der israelischen Armee, insbesondere im Gazastreifen, aufzugeben.

Die ständige Zerstörung von Wohnhäusern, Schulen und Kindergärten, die mutwil-

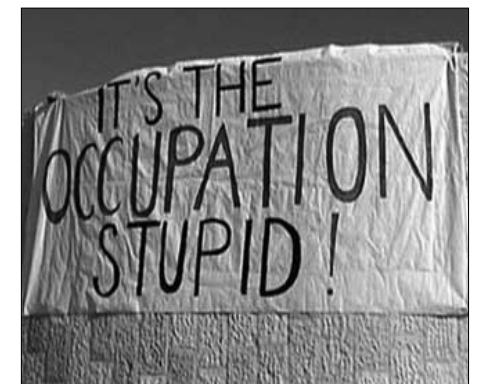
lige Beschädigung und Zerstörung von Straßen und sonstigen Infrastruktureinrichtungen, wie den innerhalb weniger Wochen nun zum zweiten Male angegriffenen und zerstörten Flughafen in Gaza, seien willkürliche Kollektivstrafen, welche völkerrechtlich eindeutig untersagt sind. Diese können auch nicht als vermeintliche Abwehrmaßnahmen gegen terroristische Übergriffe hingestellt werden, sie stellen ganz eindeutig illegale Gewaltmaßnahmen der israelischen Besatzungsmacht dar. Die israelische Präsenz im Gazastreifen habe nichts mit irgendwelchen biblischen Ansprüchen zu tun, sie enthülle ganz eindeutig eines der wahren Ziele der israelischen Regierung, nämlich möglichst viel Territorium zu besetzen, egal mit welchen Methoden. Dies ist die rücksichtslose Realisierung des zionistischen Programmes der Schaffung von Eretz-Israel, eines kolonialistischen Konzeptes. Der israelische Ministerpräsident Sharon und die meisten seiner Koalitionspartner verfolgen kompromisslos dieses Konzept, daran können auch die versöhnlichen Töne von Außenminister Shimon Peres nichts ändern.

Fritz Edlinger forderte die Europäische Union und die Österreichische Bundesregierung auf, endlich ihre taktische Zurückhaltung aufzugeben und die Geschehnisse vor Ort zur Kenntnis zu nehmen. Wenn man schon Aussagen von palästinensischen Funktionären nicht ernst nehme und auch Berichte und Stellungnahmen von Nicht-Regierungsorganisationen als tendenziös und parteilich ignoriere, so sollte man zumindest die kritischen Stimmen in Israel selbst berücksichtigen. So habe erst vor wenigen Tagen die frühere israelische Erziehungsministerin Shulamit Aloni auf einem Symposium in Tel Aviv die Regierung Sharon veh-

ment angegriffen und von der Welt eine klare Verurteilung verlangt: »Wir müssen den Europäern sagen, dass der Widerstand gegen die Besatzung kein Antisemitismus ist. Es ist kein Antisemitismus, gegen die Zerstörung von Häusern und Feldern und Obstplantagen zu protestieren und die Stimme gegen die Abriegelung zu erheben, die jedes palästinensische Dorf und jede palästinensische Stadt in ein Gefangenlager verwandelt. Wir müssen die Dinge beim Namen nennen. Wir müssen laut aussprechen, dass unsere Regierung Kriegsverbrechen begeht, wir müssen das deutlich und ausdrücklich sagen und es stets und ständig wiederholen. Es ist Zeit, Dossiers über die Kriegsverbrechen anzulegen!«

Dem sei eigentlich nichts hinzuzufügen, es sei denn die ultimative Aufforderung an die EU, an die einzelnen Regierungen Europas und ganz besonders an die österreichische Bundesregierung, ihre taktische Zurückhaltung endlich aufzugeben und ernsthaften Druck auf die israelische Rechtsregierung auszuüben, ihre illegale Besatzungs- und Kolonisierungspolitik aufzugeben, schloss der GÖAB-Generalsekretär.

Wien, 15.1.2002



**An die »Volksstimme«:
Stellungnahme zum Artikel
»Österreichisch-arabische Beziehungen«**

Die Tatsache, dass die »Volksstimme« unserer Gesellschaft einen nahezu einseitigen Artikel würdigt, wäre ja wirklich schmeichelhaft, wenn dieser nicht eine relativ wüste Montage verschiedenster, aus dem Kontext gerissener, Zitate, Vermutungen und Verzerrungen darstellte und zudem nicht eines der journalistischen Grundprinzipien, jenes von Recherche und Gegenrecherche, völlig missachtet worden wäre. Eine fundierte Beantwortung dieses ideologischen Patchworks würde zu weit führen, ich möchte mich daher mit wenigen Feststellungen begnügen:

Erstens: Die »Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen« (GÖAB) ist eine überparteiliche Nicht-Regierungsorganisation, der VertreterInnen aller Parlamentsparteien, darüber hinaus aber auch zahlreiche Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultur und den Medien angehören. Sie als »sozialdemokratisch dominiert« darzustellen, ist unkorrekt und bezweckt offensichtlich eine (vom Autor, von der Volksstimme?) beabsichtigte parteipolitische Punzierung und Polemik.

Zweitens: Die Feststellung, wonach die GÖAB keinerlei Verständnis für die israelische Politik zeigt, kann ja angesichts der täglichen Ereignisse in Palästina wohl nicht als ernsthafter Vorwurf gemeint sein. Wenn ja, dann habe ich offensichtlich eine politische Entwicklung innerhalb der österreichischen kommunistischen Bewegung verschlafen.

Wenn der Autor meint, dass man an der brutalen und völkerrechtswidrigen Politik des »Schlächters von Beirut« nichts kritisieren sollte, so ist dies schlicht und einfach sein Problem. Dass ein Artikel wie dieser jedoch unkommentiert in der Zeitschrift der KPÖ veröffentlicht wird, verdient doch eine entsprechende Erwähnung.

Drittens: Sowohl die Äußerungen über den Palästina-Konflikt als auch jene über den Sudan, sind für mich leider wieder einmal Beispiele dafür, wie unhistorisch, ideologisch und oberflächlich eine bestimmte Schicht von Kommentatoren, auch wenn sie eine politikwissenschaftliche Ausbildung hinter sich gebracht haben, an die Dinge herangehen. Dazu ein ganz präzises Beispiel: Der Angriff auf eine israelische Militärstation im (völkerrechtswidrig besetzten) Gazastreifen ist nur dann mit dem Bombardement von palästinensischen Flüchtlingslagern und der Zerstörung von Wohnhäusern vergleichbar, wenn man von den historischen Grundlagen dieses Konflikts nichts weiß oder diese bewusst negiert. Für mich ist das eine der legitime Widerstand gegen eine fremde militärische Besatzung und das andere schlicht und einfach (Staats)-Terror. Der Angriff auf zivile Ziele in Israel ist zwar angesichts der Kollektivstrafen der israelischen Armee auf palästinensische Zivilisten verständlich, aber aus meiner Sicht ebenfalls als Terror abzulehnen.

Viertens: Es ist nur allzu verständlich, dass nach monatelanger manipulativer Gehirn-

wäsche zur Rechtfertigung mancher besonders grotesker und willkürlicher Maßnahmen der antiterroristischen Kreuzritter, manchen die politische Orientierung etwas abhandeln gekommen ist. Dass dies auch auf die »Volksstimme« zutrifft, ist überraschend.

Fünftens: Zu den Feststellungen über den Sudan, die da als Belege für die Einäugigkeit der GÖAB herangezogen werden, wäre viel zu sagen. Dies würde diese Stellungnahme bei weitem sprengen, daher nur ganz wenige Korrekturen: Der Konflikt im Sudan ist schlicht und einfach nicht ein Religionskrieg, er ist auch keine Auseinandersetzung zwischen dem bösen (arabisch/islamischen) Norden und dem guten (afrikanisch/christlichen) Süden. Wer dies trotzdem behauptet, kennt entweder die wirklichen Verhältnisse nicht oder er/sie wird bewusst oder unbewusst Teil einer weltweiten Manipulationskampagne. Ich beschönige damit nicht Verbrechen und Ungerechtigkeiten, welche auf das Konto der sudanesischen Regierung bzw. des sudanesischen Militärs gehen. Die Untaten und Übergriffe der Warlords und tribalen Kommandanten im Süd-Sudan stehen diesen aber leider um nichts nach.

Sechstens: Man wird die aktuellen Probleme in weiten Teilen Afrikas und Asiens sicherlich nicht verstehen, wenn man sich ihnen in idealistischer und weitgehend unhistorischer Weise annähert. Eine Aufarbeitung der Geschichte würde zweifellos eine Menge an Erklärungen bringen. Daran ist man jedoch in Europa und in den Vereinigten Staaten von Amerika kaum interessiert (siehe den Verlauf der UN-Kolonialismus-Konferenz von Durban!). Dadurch würde nämlich die Frage der Schuld an bzw. der Verantwortung für viele jahrzehntelange blutige Konflikte plötzlich ganz anders zu beantworten sein, als dies zu meist getan wird.

Siebtens: Die GÖAB verdammt daher spät-koloniale und imperialistische Politik nicht aus Rassismus (Antisemitismus), sie hofiert auch nicht irgendwelche Autokraten, ihr geht es um eine grundsätzliche Aufarbeitung der Geschichte, um historische Gerechtigkeit und um die Durchsetzung des Rechtes auf Selbstbestimmung sowie um faire und gerechte ökonomische und soziale Entwicklung. Es wäre interessant gewesen, darüber etwas in der »Volksstimme« zu lesen.

**Fritz Edlinger, Generalsekretär
Wien, 15. Jänner 2002**

GÖAB-Pressaussendung:

11 Jahre Embargo gegen die irakische Bevölkerung sind genug!

Den 11. Jahrestag des Beginns der »Operation Desert Storm« nahm der Generalsekretär der »Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen« (GÖAB) Fritz Edlinger zum Anlass, das Augenmerk von der aktuellen causa prima, dem

Kampf gegen den internationalen Terror, hin zu den Leiden der irakischen Bevölkerung zu lenken. Unter Hinweis auf zahlreiche Berichte internationaler Organisationen stehe eines völlig außer Zweifel, dass die wirklichen Opfer des nun bereits mehr als 11 Jah-

re andauernden Embargos die Menschen im Irak seien. Diese seien von einer humanitären Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes betroffen und es sei im höchsten Ausmaß unmenschlich, das internationale Embargo gegen den Irak in der gegenwärtigen Form noch weiter aufrecht zu erhalten. Es sei bekannt, dass in erster Linie vor allem die Schwachen in der irakischen Gesellschaft, Kinder und Frauen, von den Auswirkungen des Embargos betroffen seien. Nach unterschiedlichen Schätzungen sei in den vergangenen elf Jahren rund eine Million Menschen an mangelnder medizinischer Versorgung und/oder Unterernährung umgekommen. Es sei daher unverantwortlich, diesem Leiden noch länger tatenlos zuzusehen.

Der Zynismus und die Doppelmoral der Irak-Politik der USA und ihres engsten Verbündeten, Großbritannien, führe seit Jahren zu Spannungen und Konflikten, welche bereits mehrere ranghohe UNO-Beamte aus Protest gegen diese Politik zur Demission veranlasst haben. Die bekanntesten davon, der Ire Denis Halliday und der Deutsche Hans von Sponeck, beide ehemalige Koordinatoren des UNO-Irak-Programmes, sind aus Protest gegen diese Situation von ihrem Amt zurückgetreten und engagieren sich seit Jahren aktiv für die Aufhebung der internationalen Sanktionen und gegen die inhumane US-Politik gegen den Irak.

Doppelmoral der USA und Großbritanniens

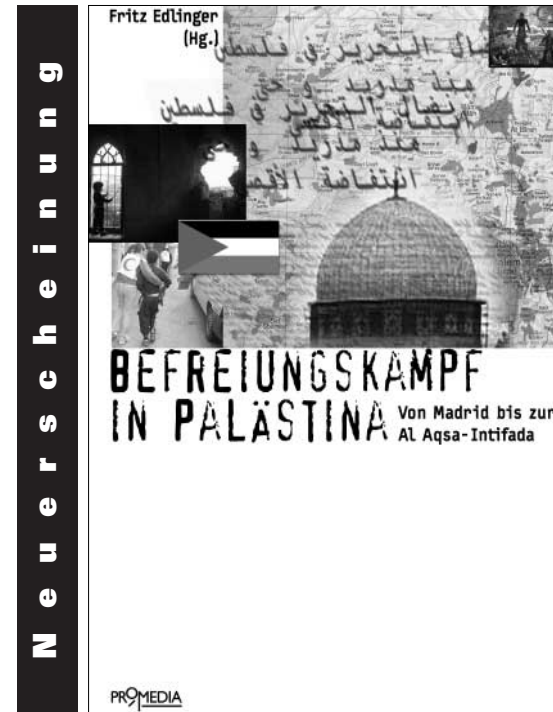
Diese Politik ist im wahrsten Sinne des Wortes widersprüchlich und doppelamoralisch. Auf der einen Seite sorgt man durch entsprechende UNO-Beschlüsse dafür, dass die Weltwirtschaft lebenswichtige irakische

Öl mehr oder minder ungehindert auf den Weltmarkt kommen kann, auf der anderen Seite enthält man durch die aberwitzigsten Tricks und Manöver dem Irak die Erlöse aus diesen Verkäufen vor. Das seit 1996 in Kraft befindliche Programm »Oil-for-Food« billigt dem Irak gerade soviel Einnahmen zu, um die irakische Bevölkerung nicht verhungern zu lassen. Während eine internationale Bank und die UNO selbst beträchtliche Gewinne aus diesem Programm ziehen, werden lebenswichtige Lieferungen für den Irak teilweise jahrelang verzögert. Derzeit werden beispielsweise Lieferungen im Gesamtausmaß von fast 5 Milliarden US-Dollar zurückgehalten und zwar aufgrund von Einsprüchen der USA im so genannten Sanktionskomitee. Wie man aus zahlreichen Beispielen wissen kann, stellen diese Einsprüche zumeist politisch motivierte Schikanen dar.

Es stelle sich bereits seit langem die Frage nach der Angemessenheit dieser Politik, welche in Wirklichkeit die irakische Führung absolut nicht geschwächt, dafür aber die irakische Bevölkerung zu den Geiseln einer zynischen Großmachtspolitik gemacht hat.

Es sei durchaus legitim, dass man eine neuerliche Aufrüstung des Irak verhindern wolle, die seit mehr als 11 Jahren verhängten Sanktionen seien dafür zweifellos aber nicht das geeignete Mittel. Die weitere Kontrolle der irakischen Rüstung – in diesem Zusammenhang sollte man jedoch nicht völlig auf die äußerst bedrohliche Aufrüstung anderer Mächte im Nahen und Fernen Osten vergessen – sei legitim, die Hungerblockade gegen das irakische Volk sollte aber unverzüglich aufgehoben werden, erklärte der GÖAB-Generalsekretär abschließend.

Wien, 16.1.2002



Fritz Edlinger (Hg.) BEFREIUNGSKAMPF IN PALÄSTINA

Von der Madrid-Konferenz
zur Al-Aqsa-Intifada

240 Seiten, Landkarten, Zeittafel,
Promedia-Verlag, Wien, Herbst 2001

GÖAB-Sonderpreis:
öS 230,- bzw. € 16,71 (exkl. Postporto)

Mit Beiträgen von:

Muriel Asseburg
Uri Avnery
Helga Baumgarten
John Bunzl
Roger Heacock
Faisal Hussein,
Ludwig Watzal u.a.

Bestellabschnitt

Ich bestelle Exemplar(e) des Buches »Befreiungskampf in Palästina« zum GÖAB-Sonderpreis von öS 230,- bzw. € 16,71 (exkl. Postporto).

Name:

Adresse:

Datum/Unterschrift:

Bitte einsenden an: Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen (GÖAB), Stutterheimstraße 16-18/2/5, 1150 Wien. Fax: 01/5267795. Bestellungen per E-Mail an: office.vienna@saar.at

Zwischen dem 10. November 2001 und dem 25. Jänner 2002 haben wir wieder zahlreiche Spenden erhalten. Wir danken den nachstehend angeführten Damen und Herren, aber auch den anonymen Spenderinnen und Spendern, recht herzlich für ihre Unterstützung.

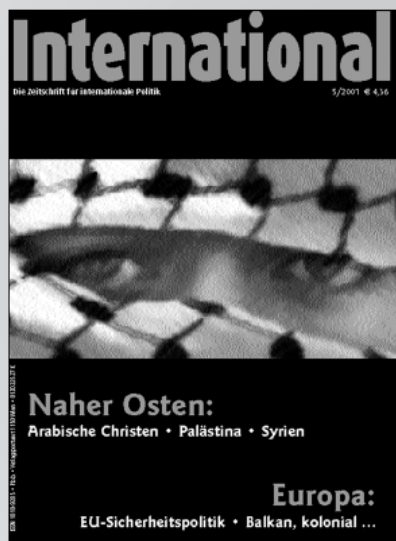
- Friedrich ABL, Klagenfurt
- Dr. Farouk ABOUZEID, St. Michael
- Dipl.Ing. Mostafa A. ALY, Vösendorf
- AT-Konzernservices, Wien
- Dr. Sami AYAD, Wien
- Rosa BALDINGER, Vöcklabruck
- Dr. Talal BAMIEH, Eisenstadt
- Hermann BARNET, Wien
- Christine BEDHAR, Wien
- Dr. Wolf BLECKENWEGNER, 5252
- Andrea BOE, Wien
- Erna BÖCK, Wildenbühnbach
- Dr. Gerfried BUCHAUER, Wien
- Dipl.Ing. Alexander CABAJ, Wien
- Prim. Dr. Mohammed CHARKASI, Eisenstadt
- Mag. Claude CLEMENZ, Wien
- Botschafter Mag. Clemens CORETH, Oman
- Eva Maria DINGELSTEDT, Wien
- Manfred DÖNZ, Schruns
- Maria DOLEZAL, Wien
- Doris DRÄXLER, Innsbruck
- Ada DREXLER, Wien
- OMR Dr. Herbert DREXLER, Mariazell
- Barbara DWORSCHAK, Wien
- Univ.Prof. Dr. Alfred EBENBAUER, Wien
- Dr. Erich EHMIG, Wien
- Paula EIGNER, Wien

- Wilfrid ENGEL, Graz
- Dr. Bruno ERHART, Innsbruck
- Dr. Michael FALKENSAMMER, Wels
- Adam FAUGEL, Schalchen
- Maria FENZL, Bruck/Leitha
- Dr. Christa FERCHER, Höflein
- Mag. Robert FITZTHUM, Wien
- Lucia FRANKE, Wien
- Maria FÜREDER, Linz
- Dr. Merten GAREISS, Lilienfeld
- Gustav F. GERGELYFI, Steyr
- Mag. Dr. Omar GHABBOUR, Wien
- Dr. Shokri GHANEM, Wien
- Prof. Dr. Wolfgang GÖTTINGER, Innsbruck
- Dir. Roland GOZZI, Feldkirch
- Dr. Gerhard GRANDITSCH, Wien
- Ing. Thomas GREIBL, Weissenstein
- Dkfm. Dr. Ernst GRILL, Linz
- Mustafa Abdul HADI, Wien
- Dr. Wolfgang HÄMMERLE, Lustenau
- Dr. Gert HAMMER, Weiz
- Dr. Gerhard HEGER, Neulengbach
- Hofrat Dr. Jens HEMSEN, Anif
- Dr. Heribert HEUBERER, Linz
- Inge HOBIGER, Wien
- Ing. Franz HOLZINGER, Graz
- Dr. Richard HORNICH, Wien
- Dr. Markus HUBER, Bad Häring

- Erich JÄGER, Wien
- Dr. Asis JAHJAH, Siegendorf
- Ingeborg JESSER, Wien
- Hofrat Dr. Ermar JUNKER, Wien
- Dr. Issam KALLA, Oberpullendorf
- Anton KAPL, Bad Leonfelden
- Dr. Awni KARAMAN, Perchtoldsdorf
- Abg.z.NR a.D. Dr. Otto KEIMEL, Innsbruck
- Dr. Willibald KELZ, St. Margarethen
- Eduard KERSCHBAUM, Wien
- Dr. Heinrich KLAUS, Mannersdorf
- Dr. Wilfried KLÖPFER, Kapfenberg
- Univ.Prof. Dr. Walter KOLLER, Wien
- Lois KUGLSTÄTTER, Wallern
- Agnes KUNDIGRABER, St. Margarethen
- Prof. Prim. Dr. Erich KUTSCHERA, Salzburg
- Dr. Peter LAURINGER, Wien
- Dr. Reinhard LEHNINGER, Retz
- Markus LEHOFER, St. Erhard
- Rudolf LEINER GmbH, Wien
- Prim. Univ.Prof. Dr. Sepp LEODOLTER, Wien
- Dr. Robert LICHAL, Purkersdorf
- Hedda LÖFFLER, Wien
- Emilie MANTL, Wien
- Dr. Mamun MIDANI, Traun
- Dr. Wolf-Dieter MIROTA, Staatz
- Dr. Dominik MOESLINGER, 4910
- Heinz MORGAN, Wien
- Frieda MÜLLER, Thüringerberg
- Dr. Peter NARATH, Feldbach
- Österr. MedizinerInnen gegen Gewalt und Atomgefahren, Wien
- Med.Rat. Dr. Heribert PATOSCHKA, Alt Nagelberg
- Walter PETZ, Peugen
- Prim. Dr. Wilhelm PINKERNELL, Wr. Neustadt
- Prim. Dr. Alfred PLESSER, Tulln
- Univ.Prof. Dr. Peter POKIESER, Wien
- Josef PRÄHAUSER, Hallein
- Anna Maria PRASCHL, Linz
- Dr. Susanne RASOUL-ROCKENSCHAUB, Wien
- OMR Prof.Dr. Wilhelm REINHART, Wien
- Dr. Christoph RIEDER, Wien
- Dr. Hartwig RIEDER, Klagenfurt
- Dr. Norbert RIHL, Vöcklabruck
- Hedwig RÖVER, Wien
- Dr. Michael ROSCHKA, Salzburg
- Alfred RUPF, Schwechat
- Prim. Prof. Dr. Georg SALEM, Wien
- Dr. Helga SAMITZ, Graz
- Dipl.Ing. Haythem R. SARDEST, Asten
- Manfred SAUER, Wien
- Klaus SCALA, Raaba
- Dr. Johann SCHÄTZ, Stadt Haag
- Mag. Robert SCHENZEL, Wien
- Gerald SCHLAGER, Haibach
- Dr. Karl SCHLINTNER, Purkersdorf
- Med.Rätin Dr. Grete SCHMID, Linz
- Johann SCHMIDL, Gaubitsch
- Irene SCHREINER-JANK, Hartberg
- Friedrich SCHROTT, Wien
- Ing. Wolfgang SCHUBERT, Graz
- Dr. Gotthard SCHWARZ, Wien
- Dr. Josef SEDLATSCHEK, Stadtschlaining
- Dr. Dieter SEMMELROCK, Klagenfurtg
- Maximilian J. SÉNYI, Wien
- Dr. A. SHERIFF, Pottendorf
- Med.Rat Dr. Karl SINGER, Bad Vöslau

- Ingrid SMEJKAL, Wien
- Helga SMOLNIG, Miklauzshof
- Maria SOLDAN, Laa/Thaya
- Prof. Dr. Peter SPATH, Graz
- Dipl.Ing. Gerhard SPERL, Leoben
- Erika STADELMAYER, Wien
- Karl STAUDINGER, Schwanenstadt
- Herma STIEDL, Wien
- Dr. Franz STIERSCHNEIDER, Ferschnitz
- Walter SUMMERSBERGER, Salzburg
- Dr. Elmar TOCKNER, Gaspoltshofen
- Dunja und Tom TOT, Wien
- Prof. Mag. Johann TRAFELLA, Kapfenberg
- Univ.Prof. Dr. Robert TRAPPL, Wien
- Ing. Max TREIBER, Graz

- Bruno ULLRICH, Wien
- Dr. Christof URSIN, Salzburg
- W & H Dentalbüro, Bürmoos
- Univ.Prof. Dr. W.U.WAYEND, Linz
- MR Dr. Wolfgang WENZL, Hainburg
- Dr. Friedrich WEPNER, Linz
- Dr. Robert WIESINGER, Graz
- Dr. Andreè WILHELM-MITTERÄCKER, Wien
- Dr. Ernst WOLLNER, Wien
- Dr. Franz WUTTI, Ferlach
- Dr. Karl ZACH, Wien
- OMR Dr. Rudolf ZAWIESCHITZKY, Heiligenkreuz
- Dipl.Ing. Norbert ZIAK, Graz



International

- Österreichs einzige Zeitschrift für internationale Politik – seit 23 Jahren
- regelmäßige Analysen und Interviews über den Nahost-Konflikt
- Berichterstattung abseits von Schlagzeilen und Tagesjournalismus

Bitte fordern Sie ein aktuelles Probeexemplar oder ein Jahresabo (€ 22,-) an!
 Redaktionsadresse: International,
 Stutterheimstraße 16–18/2/5, 1150 Wien

GÖAB-Schriftenreihe

Ich bestelle:

- Der Stand der israelisch-palästinensischen Friedensverhandlungen**
 Dr. Nabil Sha'at; Heft 18 (6/1995) öS 40,-
- Die palästinensischen Wahlen und die österreichische Nahostpolitik**
 DDr. Otto Pleinert und Dr. Alexander Christiani; Heft 19 (4/1996) öS 40,-
- Der Libanon – Krieg ohne Ende?**
 Dr. Michael Lüders; Heft 20 (7/1996) öS 40,-
- Peace in the Middle East**
 Dr. Hanan Ashrawi; Heft 21 (12/1996) öS 40,-
- Der Friedensprozess aus palästinensischer Sicht**
 Ahmed Qurei (Abu Ala'); Heft 22 (12/1996) öS 40,-
- Jerusalem – Eine Stadt für zwei Völker/City of Christians, Jews and Muslims**
 Dr. Sami Musallam/George Hintlian; Heft 23 (6/1997) öS 40,-
- Die stadtplanerische Entwicklung Jerusalems seit 1967 als politisches Problem**
 Dr. Viktoria Waltz; Heft 24 (9/1997) öS 60,-
- Nur Juniorpartner Amerikas? Europa sucht seine Rolle im Nahen Osten**
 Prof. Dr. Udo Steinbach; Heft 25 (2/1998) öS 60,-
- Women in the Arab World**
 Toujan Faisal Q. Kojak; Heft 26 (3/1998) öS 60,-
- Die Straße zum Frieden beginnt in Jerusalem – Das Kondominium als Lösung**
 John V. Whitbeck; Heft 27 (4/1998) öS 60,-
- Palästina: Auf dem Weg zum »final status« – Texte zum Thema »Flüchtlinge«**
 (Interview mit Daoud Barakat; working paper von BADIL) **und »Jerusalem«:**
Zwei Staaten, ein heiliges Land (John Whitbeck); Heft 28 (11/1999) öS 60,-
- GÖAB-Studie: The Palestinian Health System – An Updated Overview**
 Mustafa Barghouthi, 'Atef Shubita, Laura Fragiaco (in Zusammenarbeit mit HDIP) ... öS 80,-
- Von Oslo bis Wye ... – Texte zu den Themen »Israelische Truppenabzüge«**
 (Geoffrey Aronson) **und Palästinensische Flüchtlinge** (BADIL-papers); Heft 29 (5/2000) ... öS 60,-
- Libyen – Wieder auf der Landkarte der Investoren**
 Herbert Strunz/Monique Dorsch; Heft 30 (6/2000) öS 60,-
- The Camp David Papers**
 Akram Hanieh; Heft 31 (10/2000) öS 60,-
- Irak – 10 Jahre danach**
 Peter Schmidt, Eva-Maria Hobiger, Herbert Strunz/Monique Dorsch; Heft 32 (3/2001) öS 100,-
- Kampf um Palästinas Unabhängigkeit**
 Ludwig Watzal u.a.; Heft 33 (5/2001) öS 100,-
- Ein Jahr Al-Aqsa-Intifada – Gibt es Chancen auf eine politische Lösung?**
 Azmi Bishara, Fritz Edlinger, Mustafa Hadi; Heft 34 (10/2001) öS 100,-

Name:

Adresse:

.....

Unterschrift:

Bitte einsenden an: GÖAB
 1150 Wien, Stutterheimstr. 16–18/2/5
 Fax: +43/1/526 77 95